

aber hat die Diskussion hierüber abgelehnt. Es würde sich im anderen Falle sofort von der Konferenz zurückziehen. Die amerikanischen Politiker haben eine Erhöhung der Schulden unserer Gegner bis jetzt abgelehnt mit der Begründung, daß das europäische Wettrennen damit nur einen neuen Auftrieb erfahren würde. Man kann's den Amerikanern im Beisein des englisch-französischen Flottenabkommen und des englischen Kriegsvertrages nicht ablehnen, daß sie so denken. Ein moralischer Druck könnte von Europa auf Amerika nur dann ausgeübt werden, wenn jener Satz des Versailler Vertrags sich bewährte würde, daß Deutschlands Abrechnung der Beginn der allgemeinen Abrechnung sein sollte. Allein davon sind wir heute weitentfernt. Die Situation in Paris ist also denkbar ungünstig, und wenn der Endkampf um die Milliarden beginnt, werden Dr. Schacht und Dr. Bögl einen um so schwereren Stand haben, weil sie der Einheitsfront der Gewerke gegenüberstehen, nur unterstellt vom gefundenen Menschenverstand, ihrem einzigen Bundesgenossen gegenüber den Forderungen des wirtschaftlichen Egodamus.

Und noch einen Bundesgenossen werden sie brauchen: die Rückendeckung, die die geschlossene Phalange eines 68-Millionen-Volkes bietet. Ein einheitlicher politischer Willen muß in diesen Tagen durch unser Vaterland gehen. Trennen muss mehr denn je zurückgestellt werden. Denn es geht in diesen Tagen um das deutsche Schicksal. Von besonderer Wichtigkeit wäre es, daß auch der linksstehende Teil der deutschen Arbeiterschaft eine laute und entschiedene Stellungnahme für ertragbare Summen nimmt. Denn es geht, wie gewisse Gewerkschaftsführer gern glauben machen möchten, nicht nur um die Zukunft der deutschen Unternehmer, sondern auch um die Höhe der deutschen Arbeitserlöse. Das Ausland hat diese Tatsache schon lange erkannt. Man hat erklärt, daß die deutschen Tribut erarbeitet werden müssen. Deutscher Warengroßvorrat muß die Bezahlung der Kosten ermöglichen. Export steht aber bei der harten Konkurrenz auf den Weltmärkten und bei den Schutzmauern der übrigen Staaten eine Warenproduktion zu Preisen voraus, die erheblich unter denen der übrigen Industriestaaten liegen. Eine solche Produktion aber ist doch nur möglich, wenn die Löhne der deutschen Arbeiter ebensoviel unter dem Niveau stehen als der übrigen Industriestaaten liegen. Je höher die Reparationslasten, um so größer wird die Bezahlung des deutschen Volkes, einschließlich des deutschen Arbeiters, um so weiter sinkt die Lebendhaltung unter das Niveau, das eines Kulturvolkes würdig ist. Rathenau, der aus unserer Linken so großes Ansehen genießt, hat diese Tatsache folgendermaßen ausgedrückt: „Die Erfüllung der Reparationen hängt von dem

Grade der Bezahlung des deutschen Volkes ab.“ Kühl und Küster erklärt dazu der englische Wirtschaftspolitiker Kenes: „Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, daß das Reparationsproblem, sobald man wirklich an dessen Lösung mit Ernst herangeht, ein Lohnproblem für den deutschen Arbeiter werden muß. Die ganze Tätigkeit des Transferkomitees wird sich darauf konzentrieren, den Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft herabzudrücken.“

Dasselbe sagt der gerade von der deutschen Sozialdemokratie oft zitierte schwedische Wirtschaftspolitiker Prof. Gustav Gassel (Stockholm), der als Weltautorität gilt, in einer neueren Veröffentlichung: „Es hilft nicht, die Wahrheit in dieser Sache zu unterdrücken und, wie gewisse Sozialisten, eine internationale Popularität zu verschaffen durch die Bekämpfung, daß das Kapital bezahlt soll. Der öffentlichen Meinung auf der Entwickelte ist viel daran gelegen, daß es nicht gelingt werden soll, daß die Reparationsforderungen den deutschen Arbeitern abgeprägt werden... Gegen alle diese Falschheit ist es Sache der Wissenschaft, Klarheit über die wirkliche Bedeutung der Reparationsforderungen zu schaffen.“

Gewiß, der Arbeiter kann durch Streik den Versuch machen, die Kosten auf die Schultern der Unternehmer abzuwälzen. Aber die Rentabilität der Produktionsstätten langt dazu nicht aus. An Stelle des deutschen Unternehmers treten dann ausländische Trusts. Dieser Vorgang ist schon seit einiger Zeit zu bemerken. Ein deutsches Unternehmen nach dem andern geht diesen Weg. Amerikanischen Trusts aber ist es sehr gleichgültig, ob deutsche Arbeiter zu den diktatorischen Höhen arbeiten wollen oder nicht. Man kann ja die deutschen Betriebe eine Zeitlang schließen. Und die Internationale? Sie wird gerade in diesem Falle glänzender verlagen als je! Denn der amerikanische Arbeiter summert sich um sie nicht. Ihm geht es gut. Was schert ihn ein europäisches Sklavenvolk!

Und um die Versklavung des gesamten deutschen Volkes geht es in Paris. Wir haben es bisher noch nicht so deutlich gespürt, weil uns die Kredite über Wasser hielten. Aber nun wird es ernst. Ein deutscher Erfolg kann nur durch den einheitlichen Willen des gesamten Volkes errungen werden. Es ist hoch an der Zeit, daß sich in die Einheitsfront die freien Gewerkschaften gleichfalls einfüllen, denn es geht insbesondere um die Sache derer, die sie vertreten. Oder wollen sie, marxistischen Dingenstinken von Internationale und Brüderlichkeit des Weltproletariats nachstinent, abseits stehen, wenn ein Kulturvolk des 20. Jahrhunderts sich gegen die Versklavung wehrt, von der man die Schwarzen bestreift hat?

## Frankreichs Sendbote in Danzig

### Militärpolitischer Einfluß auf die Werft

#### General Le Rond Vorsitzender des Aussichtsrates

Königsberg, 3. April. Nachdem Anfang Februar d. J. bekannt geworden war, daß der politisch berüchtigte französische General Le Rond, der seinerzeit in Oberschlesien zugunsten Polens eine starke, gegen das Deutsche gerichtete Führerrolle spielte, mit Hilfe Englands neu in den Aussichtsrat der Danziger Werft A. G. gewählt worden war, wird jetzt bekannt, daß Le Rond sogar zum Vorsitzenden des Aussichtsrates der Danziger Werft gewählt wurde. Er gewinnt damit entscheidenden militärpolitischen Einfluß auf die weitere Ausgestaltung der Danziger Werft, die ohnehin schon den militärischen Zwecken Polens dient.

#### Trauerfeier für Graf Henckel v. Donnersmarck

Ulliz wird begrüßt

Königswitz, 3. April. Heute fand in den Räumen des Deutschen Volksbundes für den verstorbenen Grafen Henckel v. Donnersmarck eine Gedächtnisfeier, die vom Verwaltungsrat des Volksbundes veranstaltet wurde, statt. An der Feier nahmen eine Reihe deutscher Persönlichkeiten teil. Der Vorsitzende Bleeker leitete den Verstorbenen als einen aufrichtigen Deutschen und einen wahrhaften Führer des Deutschen Volksbundes. Anschließend batan wurde der nach mehr als sechzehn Jahren entlassene Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes, Abgeordneter Ulliz, offiziell vom Verwaltungsrat begrüßt. Ulliz dankte für die ihm be-

wahrte Treue und versprach, auch weiterhin für das Deut- schum Oberschlesien zu arbeiten. In der Sitzung des Verwaltungsrats wurde ferner beschlossen, sich nach einem neuen Repräsentanten des deutschen Volkstums in Oberschlesien umzusehen.

### Gegen Frankreichs Saarpläne

Berlin, 3. April. Der Saar-Verein veröffentlichte eine gegen die französische Propaganda gerichtete Entschließung, in der es u. a. heißt: Auf dem Jahresbankett des französischen Handels im Industrieverein am 25. Februar in Paris hat der Generalsekretär des französischen Industrieverbands im Saargebiet u. a. erklärt, daß das französische Großkapital auf Antreten Voucheurs im Saargebiet 20 Millionen Franken investiert habe, weshalb die Entwicklung der saarländischen Kohle mit dem lothringischen Erz der Ausgangspunkt bei der künftigen Lösung des Saarproblems sein müsse. Diese Ausschüttungen deden sich mit zahlreichen anderen französischen Ausfällungen. Die Unterzeichnung dieser und ähnlicher Gesichtspunkte verrät das Ergebnis einer heimatisch durchsetzbaren französischen Saaraktion mit dem Ziel, die Saarfrage nicht nach dem im Saarstatut festgelegten Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der zur Abstimmung aufzurufenden Saargebietbewohnerung zu lösen, sondern die durch die Kohlen- und Kapitalpolitik Frankreichs an der Saar künstlich geschaffenen französischen Wirtschaftsinteressen, ähnlich wie in Oberschlesien, für die endgültige Entscheidung der Saarfrage in den Vordergrund zu stellen. Die Geschäftsfürst des Saarvereins und der Bund der Saarvereine wenden sich an das Gewissen der Welt mit der lauten Mahnung, kein neues Oberschlesien an der Saar zu schaffen.

## Streifabsichten der Eisenbahner

Berlin, 3. April. Der Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat in den letzten Tagen eine ziemliche Zuspitzung erfahren. Nachdem erst in einzelnen Direktionsbezirken, besonders in Sachsen und Schlesien, der Eintritt in den Streik gefordert worden ist, haben am Dienstag die vertraglich vereinbarten Eisenbahnerorganisationen in einer Erklärung betont, daß insbesondere ein

#### Kampf mit den letzten gewerkschaftlichen Mitteln

erwartet werden müsse. Dieser angedrohte Streik kann allerdings von den Eisenbahnerorganisationen selbst nicht befohlen werden, sondern die Gewerkschaften müssen sich nach den bestehenden Richtlinien zunächst mit ihren Spitzenorganisationen in Verbindung setzen. Für den Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der Freizeitgewerkschaftlichen Organisation, ist dies der ADGB, für die Christlichen Eisenbahnerverbände der Deutsche Gewerkschaftsbund, und für den demokratisch eingestellten Allgemeinen Eisenbahnerverband der Gewerkschaftsring. Diese Spitzenorganisationen müssen von einem etwaigen Streikbeschluss benachrichtigt werden, und außerdem muß ihnen nach den Richtlinien eine angemessene Frist zur Vermitlung zwecks Gültiger Beilegung des Streits gegeben werden.

#### Der Einheitsverband selbst hat sich bereits vollkommen auf einen Streik eingestellt.

Das Interessanteste an der Lage ist, daß die Eisenbahnergewerkschaften bisher nicht alle gelegentlich vorgelebten Schlichtungsmöglichkeiten in dem Lohnstreit ausgenutzt und sich nicht an den nach der Schlichtungsbefreiung aufzuhaltenden Schlichter oder das Reichsarbeitsministerium gewandt haben. Es wird

erklärt, daß man solchen Schritt für nicht zweckmäßig halte und an dem Eingreifen des Schlichters kein Interesse habe. Es bleibt zu hoffen, daß ein Eisenbahnerstreik, der die deutsche Wirtschaft schwer erschüttern würde, vermieden wird. Die neuen Lohnforderungen machen jährlich 81 Millionen aus und sind deshalb als untragbar abgelehnt worden. Für alle Fälle hat bereits die Bahn ihre

#### Personalhilfe organisiert

Diese Personalhilfe besteht aus Angestellten und Beamten. Die Bahn ist der Meinung, daß sie mit dieser Schuhorganisation nicht nur örtliche Streitbewegungen mühselig überstehen kann, sondern darüber hinaus sogar bei einem Generalstreik sämtlicher 800 000 Eisenbahner den Betrieb, wenn auch in beschränktem Umfang, aufrechterhalten kann.

### Arbeitskämpfe im Baugewerbe

Berlin, 3. April. Wie uns der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe mitteilt, ist am 30. März 1929 ein neuer Reichsamtssatzvertrag für Hoch-, Beton- und Klebefarbenarbeiten für die Dauer von zwei Jahren, das heißt bis am 31. März 1931, abgeschlossen worden. Der Reichsamtssatzvertrag bestimmt nur den allgemeinen Rahmen, wonach die Löhne z. B. einjährige Dauer haben sollen. Die Löhne selbst werden bezirklich geregelt. Die Arbeitszeit ist mit Rücksicht auf die bevorstehenden Beratungen des Arbeitschutzeuges inhaltlich nicht geregelt worden. Über die Zulässigkeit der Allordarbeit konnten dagegen Vereinbarungen getroffen werden. Die Urlaubsbestimmungen sind erweitert worden.

### Hat Graf Stolberg zum Mord angestiftet?

Berlin, 3. April. Der Berliner Kaufmann Michaelis hat der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß sein zwanzigjähriger Sohn Gerhard ihm den größten Teil seiner Wohnungseinrichtung geraubt und außerdem Bargeld in Höhe von mehreren hundert Mark gestohlen hat. Gerhard hatte einen Geistesgang des Vaters benutzt, um mit Hilfe von drei gleichaltrigen jungen Burschen vor den Augen der Hausbewohner die väterliche Wohnung auszuräumen und die Möbel auf einen beladenen Wagen zu laden. Man nimmt an, daß er alles versteckt und verschleiert hat und vielleicht wird, mit dem Gelde ins Ausland zu flüchten. Der junge Mann war zuletzt als Kigaretten- und Zigarrengroßhändler tätig gewesen und soll dort mehr als 800 Mark unterschlagen haben.

Meldung eines zweifelhaften Jungen

Görlitzberg, 3. April. Am Dienstag haben die Berliner Kriminalbeamten, wie erst jetzt bekannt wird, die am Vorlage von dem Angeklagten gemachten Angaben nachgeprüft. Sie haben die Personen, insbesondere das Personal der vernommenen, die als erste am Tatort erschienen sind, außerdem auch die Mutter des Angeklagten. Jemand welche Feststellungen von besonderer Wichtigkeit haben sich hieraus nicht ergeben. Für den heutigen Mittwoch war, wenn irgend möglich, eine Gegenüberstellung des Meisters Bittner, der behauptet hat, von einem Mann, wahrscheinlich dem Angeklagten, aufgefordert zu sein, seinem Herrn Grafen Henckel zu Görlitzberg-Wernigerode zu fahren, mit dem Angeklagten beaufsichtigt.

## Schüsse eines sowjetischen Diplomaten auf polnische Polizeibeamte

Warschau, 4. April. Auf der Bahnhofswache in Warschau kam an der polnisch-russischen Grenze an einem Mittwoch nachmittag zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen dem in Besitzung seiner Frau von Berlin nach Moskau reisenden Vertreter der sowjetrussischen Handelsabordnung, Spanienjewitsch, und den polnischen Polizeibeamten gekommen. Der Handelsvertreter war zwecks Untersuchung seiner Papiere auf die Polizeiwache gebeten worden, wo sich zwischen ihm und dem diensttuenden Beamten ein schärfer Wortwechsel entwickelte. Spanienjewitsch zog in der Erregung seinen Revolver und feuerte auf den Polizisten, der ihm vom Buge zur Wache begleitet hatte, einen Schuß ab, der den Beamten am Kopf verwundete. Mit der zweiten Kugel verletzte er den diensttuenden Beamten ebenfalls am Kopf, worauf er den dritten Schuß schießt selbst abscherte. Der Zustand der beiden polnischen Beamten soll besorgniserregend sein, während Spanienjewitsch nach angeblich nur leicht verletzt haben soll. Der Handelsvertreter und seine Frau wurden sofort verhaftet.

### Rücktritt des polnischen Kabinetts

Warschau, 8. April. In politischen Kreisen verlautet, daß Ministerpräsident Bartel am Dienstagabend dem Staatspräsidenten endgültig sein Rücktrittsgesuch unterbreitete. Die Verhandlungen am Mittwoch hätten bereits der Bildung des neuen Kabinetts gegolten. Am Donnerstag sei eine endgültige Klärung der Lage zu erwarten. Auch die übrige Abendpresse nimmt an, daß die neue Ministerliste am Donnerstag vorliegen wird.

### Ein Erlass der Reichsregierung über Hoheitsanordnungen

Berlin, 8. April. Im Interesse einer einheitlichen Zusammenarbeit der Reichsverwaltung auf Gebieten, die für alle Reichsbehörden und Reichsstellen von gemeinsamem Interesse sind, hat die Reichsregierung einen Erlass über Hoheitsanordnungen und Verhalten der Reichsbehörden bei besonderen Anlässen herausgegeben. Der Erlass regelt die Weiterleitung allgemeiner Anordnungen der Reichsregierung an die einzelnen Reichsstellen, die repräsentative Vertretung bei Veranstaltungen außerhalb der Reichshauptstadt, schließlich die Belegung der Dienstgebäude. Die Reichsbehörden werden am Verfassungstage beflaggt. Wenn bei anderen Anlässen gesetzt werden soll, ordnet die Reichsregierung an. Soll außerhalb der Reichshauptstadt aus örtlichen nichtpolitischen Anlässen gesetzt werden, so treffen die Präsidenten der Landesfürstentümter, an Orten außerhalb des Sitzes eines Landesfürstentümtes der höchste leitende Reichsbeamte des Ortes nach Benehmen mit den gleichhohen örtlichen Reichsbehörden, sowie mit den örtlichen Landesbehörden die erforderlichen Anordnungen. Soll wegen einer örtlichen Veranstaltung von politischen Geprägen gesetzt werden oder ist zweckmäßig, ob die Belegung als Partei oder als Vereinigung, so ist die Entscheidung des Reichsministers des Innern einzuholen.

### Der Fürst v. Pleß verkauft Bad Salzbrunn

Berlin, 8. April. Gerhart Hauptmanns Geburtsort, das bekannte Bad Salzbrunn in Schlesien, bisher Besitz des Fürsten v. Pleß, wird demnächst seinen Besitzer wechseln und in das Eigentum eines Berliner Konzerns übergehen, in dessen Mittelpunkt der Oekonom des preußischen Landtagsrestaurants, Schröder, steht. Der Kaufpreis beträgt etwa 8 Millionen Mark. Die Kapitalbeschaffung erfolgte eine Tochtergesellschaft des Sicherungskonzerns Nordstern. Salzbrunn hat fünf kalzalkalische Quellen. Zu dem fürstlichen Besitz in Salzbrunn, der nun gleichfalls zum Verkauf gelangen wird, gehört auch der vom Fürsten v. Pleß errichtete „Schlesische Hof“, eins der modernsten Hotels der Provinz Schlesien.

### Neue Ausschreibungen der Trockenlegger

London, 3. April. Die Blätter berichten in großen Ausführlichkeit über den letzten Trockenlegungswettbewerb im Neuenkircher Hafen, bei dem die Fackt des Neuenkirker Millionärs Riß von einem Gütenfutter beschafft wurde. Auch hat die Trockenlegungspolizei trotz der Anwesenheit der Frau unparteiischen Redenarten geführt. In einem Auszug aus einem Artikel des „New York American“ heißt es: „Die die Gesehe achtenden Bürger sind nirgends vor den Kanonen, Revolvern und Tränengasbomben der Trockenlegger sicher. 185 Personen sind von dieser Polizei bis zum heutigen Tage getötet worden. Alles, was noch nottußt, ist die Beschneidung der Freiheit der Lust. Ein Luftpolizeivogel mit Ferngläsern und mit großen drehbaren Geschützen ausgerüstet, muß der nächste Schritt sein. Nichts geht über Gründlichkeit.“

### 150 Regierungsdampfer werden eingeschrottet

London, 3. April. Der Vizepräsident des amerikanischen Schiffahrtsamtes, Plumer, gibt bekannt, daß das Schiffahrtsamt die Einschrottung von insgesamt 150 der in Regierungsbefehl befindlichen 450 Schiffe plane. Die Einschrottung der übrigen Schiffe sei unzweckmäßig, solange sie nicht durch moderne Dampfer ersetzt seien. Auch für die veralteten Schiffe in jedem Augenblick eine Verwendungsmöglichkeit auftreten, wobei Plumer daran erinnerte, daß im Jahre 1927 100 dieser Schiffe zur Bewältigung der ungewöhnlich großen Weizenernte in den Nordweststaaten verwendet werden konnten.

### Der neue Oceanflugplan Köhl-Zitzmaurice

Berlin, 3. April. Hauptmann Köhl teilt mit, daß der Zeitpunkt des neuen Oceanfluges, den er mit Zitzmaurice plante, noch nicht feststehe, da die Finanzierungsverhandlungen in der abermaligen Oceanüberquerung noch in der Schwere seien. Die Kosten des Fluges würden erheblich größer sein als bei dem „Bremen“-Flug, da eine dreimotorige Junkersmaschine, und zwar ein Wasserflugzeug, verwendet werden soll, dessen Anschaffungspreis sich allein auf etwa 80 000 bis 100 000 Mark stellen dürfte. Außerdem würden mit dem Tankflugzeug, bevor man den Oceanflug wage, längere Versuche notwendig sein. Der Start würde vom Müggelsee oder von einem der Havelseen in der Nähe von Berlin erfolgen.

Lindbergh in Mexiko-Stadt. Der Flieger war mit einer Braut, Anne Morrow, von Brownsville in Texas gestartet und hat die Strecke in etwas mehr als fünf Stunden zurückgelegt.

### Im Frühling reinigen Sie Blut und Körper

inden Sie morgens und abends 1 bis 2 Herber-Kerne nehmen. Sie erhalten Herber-Kerne schon in Mengen von 5 Gramm in Apotheken.